



Rede von Oberbürgermeister Torsten Albig vor der Kieler Ratsversammlung

**Donnerstag, 9. Juli 2009
Kieler Rathaus, Ratssaal**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Verehrte Frau Stadtpräsidentin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine besondere Ehre, heute zu Ihnen zu sprechen. Denn dieser Tag, vier Wochen nach meiner Vereidigung, markiert für mich quasi den zweiten Dienstbeginn. Nachdem wir alle gemeinsam - auch dank der hervorragenden Unterstützung aus meiner Mitarbeiterschaft - die Kieler Woche erfolgreich gemeistert haben, galt es für mich in den letzten Tagen vor allem Kontakte zu knüpfen: zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genauso wie zu unseren Partnern außerhalb des Rathauses.

Zu den zentralen Aufgaben eines Oberbürgermeisters gehört aber auch das konstruktive Zusammenspiel mit der Ratsversammlung. Und darum freue ich mich besonders, heute hier nach meiner Vereidigung erneut zu Ihnen reden zu dürfen und einige wenige grundsätzlichere Ausführungen zu der vor uns liegenden gemeinsamen Arbeit machen zu können.

Ich bin angetreten, um mit Ihnen unsere Stadt voran zu bringen. Denn sie ist schön, lebenswert und voller Stärke und Potenziale, von denen wir viele gemeinsam noch heben können. Allein die geografische Lage als einzige deutsche Großstadt an einem Tiefwasserhafen ist ein Kapital, das Kiel noch viel stärker nutzen muss. Ideell und ökonomisch.

Wir sind die maritime Hauptstadt unseres Landes.

Was Kiel und was die Menschen, die hier leben, brauchen, ist mit Händen greifbar: Die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger brauchen mehr Selbstbewusstsein, Zutrauen in die eigenen Stärken und Fähigkeiten. Mehr Mut.

Zuversicht, Optimismus und ökonomischer und politischer Mut haben ja derzeit wenig Konjunktur. Landauf und landab wird von der Krise geredet, von der Bedrohung und den Gefahren.

Ich will die keineswegs wegdiskutieren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird nicht vor Kiel halt machen. Nein, im Gegenteil: Sie ist bereits spürbar angekommen.

Das alles darf uns aber nicht veranlassen, in das allgemeine Wehklagen einzustimmen. In den Worten „Krise“ und „Chance“ wird im Chinesischen ein identisches Schriftzeichen verwendet, und das finde ich außerordentlich passend. Die Erkenntnis, dass in jeder Krise eine Chance liegt, sollte nicht auf den buddhistisch geprägten Kulturraum begrenzt bleiben.

Lassen Sie uns einen Blick auf die 50er Jahre zurückwerfen. Kiel hat sich damals neu erfunden. Was uns heute städtebaulich etwas angestaubt erscheint, war damals ein kraftvolles Aufstehen aus dem Staub eines schrecklichen Krieges. Auch architektonisch. Unsere Stadt bekam an vielen Stellen ein neues - ein sehr modernes Gesicht. Ein innovatives Gesicht.

Die Menschen haben an die Kraft Kiels geglaubt und damit Wirtschaftskraft geschaffen. Sie haben an das Geschäftsmodell einer großen, prosperierenden Industriestadt am Meer geglaubt - und sich über mögliche Risiken des Weges nicht den Kopf zerbrochen. Dazu hatten sie schlicht keine Zeit. Sie mussten unsere Stadt aufbauen.

In der jüngeren Vergangenheit haben wir etwas verlernt, dass eine Stadt unserer Größenordnung regelmäßig wahrnehmbare Veränderungen braucht. Wer nur das Vorhandene fortschreibt, der landet im Mittelmaß. Und Mittelmaß zeichnet Verlierer im Wettlauf der Regionen aus. Kiel soll aber zu den Gewinnern gehören.

Wir müssen unserer Stadt wieder stärkeres Profil geben. Profil, das in Deutschland auffällt. Das auch zum Widerspruch reizt. Profil, das wie in den 50er Jahren wieder auf Kiel schauen lässt. Wir müssen erkennbarer werden.

Profil in der Exzellenz unserer Chancenbereitstellung für junge Menschen.

Kiel, die Stadt der Bildung.

Exzellenz in der Innovationsfähigkeit. **Kiel, die Stadt der Unternehmensgründer.**

Exzellenz aber auch in unserem Stadtbild. **Kiel, die Stadt der Moderne.**

Dabei müssen wir bei jedem unserer Schritte davon überzeugt sein, dass diese Stadt gewinnen kann und gewinnen wird. Wir müssen uns gemeinsam vorstellen, wie unsere Stadt nach der Wirtschaftskrise aussehen soll - nicht wie sie auf ewig in der Krise verharrt. Die Entwicklungsschritte in der Krise schaffen die Grundlage für den Erfolg im Aufschwung!

Das sollten wir deshalb auch zum Leitbild für unsere Innenstadtplanung machen. Wir bauen keine Stadt, die sich an der Krise orientiert und in ihr eingefroren wird. Wir bauen eine Stadt, die nach der Krise wirtschaftlich expandieren soll. Eine Stadt, die sich als Großstadt in einem baltischen Wirtschafts- und Wachstumsraum versteht. Eine Stadt, die sich mit Mut dem Wettbewerb stellt. Wir würden eine Chance vergeben, wenn wir uns nur auf kleinteilige Geschäftshausentwicklung beschränken wollten.

Lassen Sie uns die Altstadtinsel wieder zu einem der ökonomischen Zentren der Stadt machen. Auf das man aus ganz Deutschland schaut. Und das unserer gesamten Innenstadt wieder Profil gibt. Die hierzu notwendigen Prozesse werden wir gemeinsam anschieben und zum Erfolg führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir als Stadt Erfolg haben wollen, dann müssen wir auch als Stadt der Bildung unser Profil stärken.

Wenn wir die notwendige Haushaltskraft in die Exzellenz unserer Bildung investieren wollen, dann wird schnell deutlich, dass wir uns viel vorgenommen haben. Allein der bauliche Investitionsstau in unseren Schulen beträgt viele Millionen Euro, und nicht alles wird sich aus dem Stand erledigen lassen.

Die Ausgaben zum Konjunkturpaket, die Sie heute hoffentlich mit dem Nachtragshaushalt beschließen, sind ein erster wichtiger Schritt. Sie sind auch ein deutliches Signal in die Stadtgesellschaft, wo wir unsere Kräfte konzentrieren wollen. Dabei geht es meines Erachtens weniger um die Schulform als vielmehr um die Ausstattung und richtige personelle Unterstützung durch den Schulträger.

Hier gebührt Ihnen der Dank, sehr schnell die Signale aus Berlin aufgegriffen zu haben und die notwendigen Schritte unternommen zu haben, um die richtigen konjunkturpolitischen Weichen zu stellen.

Dank gebührt auch unserer Verwaltung, die unter meiner Vorgängerin Frau Alt-Oberbürgermeisterin Volquartz gute Arbeit geleistet und schnell und professionell Entscheidungsvorlagen vorgelegt hat, auf die wir jetzt aufbauen können.

Aber es bleibt für uns noch viel zu tun: Nicht hinnehmbar ist für mich beispielsweise die Quote von Schulabbrechern. Im Jahr 2008 haben fast 10 Prozent eines Jahrgangs unsere Schulen ohne einen Abschluss verlassen. Das sind über 200 junge Menschen, deren Lebensweg bereits im Alter 16 bis 18 Jahren negativ vorgezeichnet ist und künftig mit hohen gesellschaftlichen Kosten begleitet werden muss. Zurzeit sind 3500 Jugendliche ohne oder ohne verwertbaren Schulabschluss in unserer Betreuung.

Wenn wir nur mal annehmen, dass diese jungen Leute in ihrem 50-jährigen „Berufsleben“ in drei von fünf Jahren auf Transferleistungen angewiesen sein werden, dann sind allein mit den 200 jungen Menschen des vergangenen Jahres die Voraussetzungen für geschätzt gut 10 Millionen Euro gesellschaftliche Kosten gelegt worden. Das ist ein Drittel der Mittel des Konjunkturprogramms für unsere ganze Stadt! Und diese Kosten häufen sich Jahr für Jahr an!

Vor allem in den problembelasteten Schulen brauchen wir deshalb mehr Sozialarbeit. Eine rechtzeitige Betreuung und Förderung kann verhindern helfen, dass junge Menschen ihre Zukunftschancen verspielen. Wollen wir uns irgendwann mal sagen lassen, dass wir mit 10 nicht gewährten Stellen für Sozialpädagogen Jahr für Jahr ein Kostenrisiko von 10 Millionen Euro für unser Gemeinwesen geschaffen haben?

Ich glaube, kein verantwortlicher Politiker wird sich so verhalten. Zehn Sozialpädagogen kosten übrigens in ihrem gesamten Berufsleben auch rund 10 Millionen Euro!

Und genau darum geht es ja bei Bildung: um Chancen. Wer in Bildung investiert, tut das nicht nur mit dem Blick auf einen Mehrwert und mögliche Einsparungen bei sozialen Folgekosten von Fehlentwicklungen. Aber wir dürfen gerne auch darauf schauen.

Daneben ist Bildung aber auch die Voraussetzung für Chancengerechtigkeit, denn Bildung bietet die Chance zu einem selbst bestimmten Leben, zur Teilhabe an unserer Gesellschaft. „Zeig’ mir Deine Schulen, und ich sage Dir, was Deine jungen Menschen Dir wert sind“ - auf diese einfache Formel könnten wir das Problem bringen. **Lassen Sie uns gemeinsam zeigen, wie viel uns die jungen Menschen Wert sind.**

Das gilt selbstverständlich auch für unsere Berufsschulen. Gemeinsam mit Ihnen und meinen Dezernentenkollegen werde ich dafür sorgen, dass das Projekt Regionale Berufsbildungszentren zur Erfolgsgeschichte wird. Eine Geschichte, die jungen Menschen hilft, erfolgreich in den Beruf zu starten. Ich will, dass Ausbildung in unserer Stadt wieder einen ganz besonderen Stellenwert bekommt und nicht nur als unerfreulicher Kostenfaktor wahrgenommen wird. Darum wird es in diesem Prozess eine unmittelbare Berichtslinie zum OB geben. Darum werde ich demnächst auch gemeinsam mit unserem Jobcenter und der Wirtschaft eine Aktion vorstellen, mit der Menschen nach ihrem Schulabschluss in Ausbildung gebracht werden.

In der Stadt werden wir anstelle der bisher geplanten 53 Ausbildungsplätze für das nächste Jahr 69 Lehrstellen zur Verfügung stellen. Wir bieten 16 zusätzliche Ausbildungsplätze mit hoher Ausbildungsqualität an - das ist eine Steigerung von über 30 Prozent. Ich hätte gerne noch mehr geschafft - aber das wäre nur um den Preis der Ausbildungsqualität gegangen und damit wäre niemanden geholfen. Denn die jungen Menschen brauchen eine gute Ausbildung, mit der sie später am Arbeitsmarkt bestehen können.

Hier dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Wir müssen in den nächsten Jahren mehr tun. Ich freue mich, dass in meiner Verwaltung bereits darüber nachgedacht wird, ein neues Ausbildungskonzept auf den Weg zu bringen.

Wir müssen die Fragen beantworten, wen brauchen wir eigentlich in der Zukunft für diese Verwaltung für welche Ausbildungsberufe? Wo können wir diese Zielgruppen abholen? Wie erreichen wir sie dort?

Wie erreichen wir, dass unsere Verwaltung nicht vergreist und wir auch in 15 Jahren noch eine leistungsfähige Verwaltung haben. Denn dann wäre das Durchschnittsalter unsere Verwaltung deutlich über 60, wenn es uns nicht gelingt, einen nachhaltigen Verjüngungsprozess einzuleiten. Es ist ohne Alternative, dass wir eine Einstellungskampagne für das Rathaus brauchen.

Nicht vergessen dürfen wir beim Thema Bildung unsere Hochschulen mit ihren zum Teil exzellenten Standards. Hochschulen fallen zwar nicht in die Zuständigkeit unserer Stadt. Aber Kiel ist und bleibt die größte Universitätsstadt zwischen Hamburg und Kopenhagen mit einer mehr als 300-jährigen universitären Tradition. 30.000 Studierende sind eine Kraftquelle dieser Stadt. Hochschulen mit gut ausgebildeten jungen Menschen sind ein unerhörtes Standortvorteil, der im globalen Wettbewerb eine Trumpfkarte darstellt. Darum werde ich alles tun, um die Zusammenarbeit mit den Hochschulen weiter zu intensivieren. Kiel ist eine junge und eine innovative Stadt.

Projekte wie „Sterne über Kiel“, das in der Entwicklung befindliche gemeinsame Wissenschaftsmarketing und die Teilnahme an Wettbewerben sind wichtige erste Schritte.

Ich möchte, dass Kiel sich bundesweit eben auch als Education City profiliert.

Wir wollen gut ausgebildete Frauen und Männer an den Rudern unserer Schiffe!

Diesen Menschen müssen wir noch mehr Raum geben, das, was Sie an Hochschulen - unserer wie anderen - gelernt haben, in unserer Stadt umzusetzen. Erfolgsgeschichten wie Wissenschaftszentrum und Seefischmarkt können nur der Anfang sein. Wir müssen mehr Raum für junge mutige Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen. Wir müssen das Band zwischen wissenschaftlicher Exzellenz und ökonomischem Erfolg enger knüpfen.

Die haushälterischen Spielräume der Zukunft folgen aus den Steuereinnahmen erfolgreicher Kieler Wirtschaft und nicht aus dem x-ten Gutachten über die optimierte Nutzung von Rathausräumen. Dazu brauchen wir schnelle Genehmigungsverfahren, möglichst weitgehende Freistellung von bürokratischen Lasten, Präsentation unserer Stadt an allen relevanten deutschen und internationalen Universitätsstandorten. Wer zu uns kommt, der muss seine wirtschaftliche Idee umsetzen - alles andere besorgen wir.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als Oberbürgermeister Kiels verfüge ich zusätzlich über mehr als 4000 „Trumpfkarten“ im eigenen Haus. Ich rede hier von den Beschäftigten der Stadtverwaltung. Fast die Hälfte von ihnen ist meiner Einladung zur Dienstversammlung ins Kieler Schloss gefolgt. Das war für mich ein außerordentlich bewegendes Moment. Ich spüre tagtäglich die positiven Erwartungen und die Hoffnungen, die mich begleiten.

Auf der anderen Seite will ich auch nicht verschweigen, dass Arbeitsverdichtung, der finanzielle Druck und organisatorische Veränderungen für ein hohes Maß an Verunsicherung gesorgt haben.

Das kann ich nicht wegdiskutieren. Aber wir können damit umgehen. Denn ich bin überzeugt davon, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der wohl größte Schatz dieser Stadt sind - auch wenn sie in der doppelten Eröffnungsbilanz nicht auftauchen.

Das ändert aber nichts daran, dass die Leistungen der Mitarbeiterschaft maßgeblich über Wohl und Wehe dieser Stadtverwaltung entscheiden. Die vielen Gespräche seit meinem Amtsantritt, aber auch meine Erfahrungen als Dezernent in dieser Stadt bestärken mich in der Überzeugung, dass unglaublich viel Kompetenz in dieser Verwaltung gebündelt ist. Und in dieser Kompetenz steckt sehr viel Energie, anstehende Probleme zu lösen.

Wir brauchen keine externen Berater, um erfolgreiche organisatorische Weiterentwicklungen in dieser Stadt auf den Weg zu bringen.

Die bisherigen Versuche haben ein erhebliches Maß an Unruhe und verärgernder Unkenntnis in diese Stadtverwaltung getragen. Dem gegenüber stehen sehr überschaubare Einsparerfolge, die im Verhältnis zu Kosten und Aufwand eher als nachrangig zu betrachten sind. Kein Wunder eigentlich, denn wer, wenn nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiß wohl am besten, welche Stellschrauben zu drehen sind, um erfolgreicher und kostenbewusster die nötigen Leistungen zu erbringen? Dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren der Ratsversammlung, sind natürlich auch Sie gefordert. Die kritische Bewertung von Aufgaben und der Standard ihrer Erfüllung sind Fragen, die ich frühzeitig mit Ihnen diskutieren und beantworten möchte.

Wir werden Ihnen Entscheidungsvorlagen liefern, die unsere Verwaltung auf unser gemeinsames Ziel hin ausrichtet. Ein Rathaus auch in der Zukunft zu haben, dass professioneller Dienstleister und Partner der Bürger ist. Das in der Lage ist, die Einhaltung von Regeln zu sichern und vor allem allen Kielerinnen und Kielern die Teilhabe an unserer Stadt und ihren Möglichkeiten zu ermöglichen und Chancen zu eröffnen: ökonomische wie soziale.

Sie, meine Damen und Herren, müssen integraler Bestandteil der Bewegung sein, die dafür sorgt, dass diese Stadt auch in Zukunft bürgerorientiert und leistungsstark arbeiten kann, ohne die Kostenseite aus den Augen zu verlieren.

Eines der zentralen Projekte wird dabei eine strukturelle Prozessoptimierung sein. Wir beschäftigen uns an viel zu vielen Stellen mit uns selbst, ohne dass dies unserer Stadt und ihren Menschen erkennbar nützt. Das belastet meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bringt den Bürgerinnen und Bürgern wenig. Und es kostet viel Geld. Sehr viel Geld.

Eine Verwaltung funktioniert nicht nur in KIEL.SAILING CITY wie ein gut geführtes Schiff: Klare Zuständigkeiten, Kurze Entscheidungswege, schnelle Bearbeitung, Delegation von Verantwortung. Nicht jedes Detail im Rathaus wird besser, wenn der OB es selbst in die Hand nimmt. Der Kapitän gibt den Kurs vor und er trägt die Verantwortung - er sollte aber keinesfalls ständig in die Speichen des Ruders greifen. Wir haben an Bord der „Kiel“ genug erfahrene Rudergänger und eine hervorragende Crew, die dafür sorgen, dass unser Schiff schnell und sicher sein Ziel erreicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Thema Kosten begleitet uns, und den Nachtragshaushalt und seine positiven Wirkungen in Sachen Konjunkturpaket habe ich deutlich angesprochen. Dieser Nachtrag macht allerdings auch deutlich, wo die Probleme liegen: In Zeiten der Finanz- und Vertrauenskrise brechen uns die Gewerbesteuererinnahmen weg. 21 Millionen Euro werden es voraussichtlich in diesem Jahr sein. Auch in den Folgejahren fehlen nach heutiger Lage jährlich etwa 20 Millionen Euro.

Die Wirtschaftskrise wird auch unsere Anteile an der Einkommenssteuer voraussichtlich in diesem Jahr um weitere 8 Millionen Euro und in den nächsten Jahren sogar um 16 bis 18 Millionen Euro sinken lassen. Und keiner weiß, ob wir bereits auf dem Boden der Krisendelle angekommen sind. Im Klartext heißt das, dass uns zwischen 2009 und 2012 jährlich mindestens 30 bis 40 Millionen Euro fehlen werden. Das sind allein in diesem Zeitraum rund 150 Millionen zusätzliche Last. Unser jährliches Defizit wird prognostisch unweigerlich die 100-Millionen-Euro-Marke knacken.

An diesem Punkt habe ich ein klassisches Dejà-vu-Erlebnis. In den Beratungen zum Haushalt 2005 habe ich als Kämmerer Defizite von mehr als 100 Millionen Euro für 2009 vorausgesagt. Dass diese Prognose nicht eingetroffen ist, haben wir der wirtschaftlichen Entwicklung und gestiegenen Einnahmen zu verdanken. All das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzkrise mit Macht heranrollt und unsere strukturellen Probleme, insbesondere das Verhältnis von Einnahmen und Aufgaben und die damit einhergehenden Ausgaben, nach wie vor nicht gelöst sind. Und wenn wir erst mal die doppische Eröffnungsbilanz vorliegen haben werden mit allen notwendigen Abschreibungen auf unser Vermögen, wird das Bild nochmals deutlich mehr graue als helle Farbtöne erhalten.

Rechnerisch sind wir heute am gleichen Punkt wie 2004: Um das zu erwartende Defizit auszugleichen, müssten wir sofort 1.000 Stellen streichen, wenn wir die Mittelwerte der Entgeltgruppen 7 oder 8 TVöD zugrunde legten. **Eine aberwitzige Vorstellung.**

Ich darf Ihnen versichern, dass ein Oberbürgermeister Torsten Albig Ihnen in den nächsten sechs Jahren **keine betriebsbedingten Kündigungen** vorschlagen wird. Ein Blick in die letzten Jahre zeigt, dass wir auch von Stelleneinsparungen im beschriebenen Umfang realistischerweise nicht ausgehen können. Denn wer Stellen streicht, muss sagen, wer deren Arbeit übernimmt oder welche Aufgaben gestrichen werden. Und dabei waren wir in der Vergangenheit trotz Kienbaum und PWC nur im sehr überschaubaren Rahmen erfolgreich. Es ist 2005 bis 2008 gelungen (ohne Theater und ABK gerechnet) jährlich rund zehn Planstellen (von gut 3.800) in der Stadt abzubauen. Wir haben komplett die Lohnsteigerungen aufgefangen - also in beiden Jahren 176 Mio. € ausgegeben. An der Struktur unserer Aufgaben und Prozesse hat sich nichts wesentliches geändert.

Lassen Sie uns diese Prozesse neu aufstellen - die Kompetenz dazu haben wir im Rathaus. Lassen Sie uns die wichtigen von den weniger wichtigen Aufgaben scheidern und lassen wir unsere hoch qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese wichtigen Aufgaben erledigen. So gewinnen wir alle im Umgang mit der Krise.

Die Menschen dieser Stadt erwarten zu Recht eine leistungsstarke und funktionierende Verwaltung. Dabei rede ich ebenso über den Bürger, der Hilfe bei der Grundsicherung braucht, wie über die Bürgerin, die einen neuen Ausweis beantragen oder ihr Unternehmen erweitern will. Sie alle haben Anspruch auf unsere Dienstleistung - und zwar auf eine professionelle und schnelle Dienstleistung.

Die schlichte Privatisierung solcher Dienstleistung hat sich dabei überwiegend als Irrweg erwiesen, der nicht zum Ziel führt. Wir müssen lernen, dass auch private die meisten der öffentlichen Dienstleistungen weder besser noch günstiger erbringen können.

Wenn wir ehrlich sind, war unser eigentlicher Ansatz oft ja auch eher die Angst vor der Entscheidung, auf manche dieser Dienstleistungen komplett zu verzichten. Hätten wir damit vor 15 Jahren begonnen, ständen wir jetzt anders da.

Auch der Verkauf des kaum noch vorhandenen Tafelsilbers wird uns strukturell nicht weiterbringen. Denn die kurzzeitige Finanzspritze ist zwar bei der Schuldentilgung hilfreich. Unsere Schiefelage in Sachen Ausgaben/Einnahmen bringt sie jedoch nicht ins Gleichgewicht zurück und wird in wenigen Jahren auf den alten Wert zurückkommen.

Vor diesem Hintergrund bleibt klar, dass vernünftiges Haushalten eine Daueraufgabe bleibt. Mir ist sehr wohl bewusst und ich habe es mit dem Einsparungsäquivalent von 1.000 Stellen wohl auch sehr deutlich gemacht, wie schwierig es sein wird, nachhaltige strukturelle Veränderungen im entsprechenden Umfang umzusetzen. Das darf aber nicht dazu führen, dass wir künftig nach der Maxime „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich richtig ungeniert“ wirtschaften können.

Wir, und damit meine ich Verwaltung **und** Ratsversammlung, sind noch stärker gefordert, jede Maßnahme, jeden Vorschlag und jeden Beschluss kritisch daraufhin zu überprüfen, was er finanziell bedeutet. Es darf keine zusätzliche Belastung für den Haushalt geben, durch die nicht nachhaltig in die Zukunft unserer Stadt investiert wird. Für die Befriedigung reiner Gegenwartswünsche haben wir kein Geld!

Wir müssen endlich verinnerlichen, dass nicht alles, was wünschenswert auch umzusetzen ist. Wir brauchen eine straffe, an den Oberzielen ausgerichtete Haushaltsdisziplin. Und der von mir und meiner Verwaltung vorgeschlagene und von Ihnen zu beschließende Zukunftspfad muss den Weg dorthin weisen. Eine Schlüsselrolle haben in diesem Prozess selbstverständlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und ganz besonders die Führungsebene mit den Amtsleitungen.

Wenn wir unsere Strukturen von inhaltlichem Ballast befreit haben, werden wir auch den Blick frei bekommen, werden wir auch wieder klarer die Felder erkennen, in denen wir heute zu wenig tun oder unseren Mitarbeitern zu viel aufbürden.

Wir tun zum Beispiel bei unserem Energiemanagement noch zu wenig. Obwohl wir wissen, dass es sowohl finanziell als auch ökologisch klug wäre hier zu investieren. Davon profitieren der Haushalt und unsere Umwelt. Gerade für unsere Schulliegenschaften ein wichtiges Thema.

Wir bürden zum Beispiel im Bereich der sozialen Dienstleistungen unseren MitarbeiterInnen wie bei der Grundsicherung erkennbar zu viel auf, dort gehen wir bildlich gesprochen längst am Stock.

Sparsamkeit und Haushaltsdisziplin dürfen uns eben nicht davon abbringen, dass wir auch Zukunft gestalten müssen. Dazu gehört eine noch aktivere Wirtschaftsförderung und Vermarktung des Standortes. Diese Stadt braucht auf Sicht eine Wirtschaftsdezernentin oder einen Wirtschaftsdezernenten, der Kiel richtig verkauft. Ein Oberbürgermeister kann das als Nebenbeschäftigung nicht leisten. In der Stellenbeschreibung wird klar formuliert sein, dass sie oder er größere Teile ihrer Arbeitszeit nicht in Kiel verbringen wird. Das Durchschneiden roter Bänder allein hilft dieser Stadt nicht. Wir müssen sie präsentieren und aggressive Lobbyarbeit leisten, auf Veranstaltungen, Messen und Foren - in Deutschland, genauso wie im Ausland.

Dazu gehört allerdings auch, dass wir unser Marketing weiter entwickeln. Wir müssen das Produkt noch stärker definieren, den USP, den unique selling point, stärker herausarbeiten. Denn nur dann haben wir im Wettbewerb der Regionen eine Chance, wahrgenommen zu werden und damit auch Erfolg zu haben. Dazu gehört für mich aber auch ganz klar ein neues „Binnenmarketing“. Es wird uns nur gelingen, das Produkt Kiel erfolgreich zu positionieren, wenn wir und möglichst viele andere daran glauben.

Wir müssen Selbstvertrauen, Stolz und Leidenschaft aufbauen, wenn es um unsere Landeshauptstadt geht. Wir müssen das auch lauter als bisher kundtun. Wer gehört werden will, der muss auch den Mund auf tun.

„Die Tatsache, dass eine Aufgabe schwer ist, ja dass sie möglicherweise erst nach wiederholten Anläufen erreicht werden kann, beweist noch nicht ihre Unlösbarkeit.“ Dieser Satz stammt nicht von mir, sondern aus dem kommunalpolitischen Testament von Andreas Gayk.

Unsere Stadt, meine Damen und Herren, hat es verdient, dass wir jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie morgen zu den Gewinnern gehört. Auch wenn wir dafür vieles in Frage stellen oder gar neu erfinden müssen.

Herzlichen Dank!